

## A n t w o r t

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Denis Alt und Heiko Sippel (SPD)  
– Drucksache 17/5527 –

### Aktueller IHK-Konjunkturbericht Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/5527** – vom 23. Februar 2018 hat folgenden Wortlaut:

Am 7. Februar 2018 wurde der IHK-Konjunkturbericht Rheinland-Pfalz Winter 2017/2018 vorgestellt. Dabei zeigt sich die rheinland-pfälzische Wirtschaft in sehr guter Verfassung. Die Geschäftslage und die Geschäftserwartungen befinden sich auf einem neuen Höchststand. Auch die Investitionsneigung und die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen bleiben überdurchschnittlich hoch. Als größten Risikofaktor gaben 55 Prozent der Betriebe den Fachkräftemangel an, gefolgt von den Arbeitskosten und den Energie- und Rohstoffpreisen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche zentralen Erkenntnisse ergeben sich aus dem aktuellen IHK-Konjunkturbericht für die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Landesregierung?
2. Wie kann die Landesregierung die rheinland-pfälzischen Betriebe unterstützen, um den aus Sicht der befragten Unternehmen größten Risikofaktoren, insbesondere dem Fachkräftemangel, zu begegnen?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Warnung der Arbeitsgemeinschaft der IHK vor einer möglichen Überhitzung der Wirtschaft durch staatliche Konjunkturimpulse?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 10. März 2018 wie folgt beantwortet:

Die Industrie- und Handelskammern fragen bei ihren Mitgliedsunternehmen regelmäßig deren Einschätzung zur Geschäftslage und Geschäftserwartung ab. Diese Berichte sind für die Landesregierung ein wichtiger Orientierungspunkt, sowohl mit Blick auf die konjunkturelle Lage wie auch hinsichtlich besonderer Problemlagen, die von den befragten Unternehmen gesehen werden.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Der aktuelle IHK-Konjunkturbericht ist eine Bestätigung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der Landesregierung. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist gegenwärtig in einer sehr guten Verfassung. Aus Sicht der Landesregierung ist es aber weiterhin notwendig, die Rahmenbedingungen am Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz kontinuierlich zu verbessern.

Die Landesregierung schafft diese Voraussetzungen, indem beispielsweise in die Verkehrsinfrastruktur investiert oder der Fachkräftemangel im Rahmen einer Landesstrategie angegangen wird.

Darauf zu verweisen ist, dass die befragten Unternehmen im aktuellen IHK-Konjunkturbericht neben dem Fachkräftemangel als größte Risikofaktoren die Arbeitskosten sowie die Energie- und Rohstoffpreise identifiziert haben. Dies sind Aufgabenfelder, die sich unmittelbar und insbesondere an die Tarifpartner und an die Bundesebene richten und auch dort angegangen werden müssen.

Zu Frage 2:

Die Befragung durch die Industrie- und Handelskammern zeigt, dass immer mehr Unternehmen vor der Herausforderung stehen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden und zu binden.

Um diese unternehmerische Kernaufgabe zu unterstützen, verfolgen die Landesregierung und ihre Partner am Ovalen Tisch, zu denen auch die rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern gehören, bereits seit dem Jahr 2014 eine Fachkräftestrategie. Sie wurde im vergangenen Herbst bis zum Ende des Jahres 2021 fortgeschrieben und soll die Fachkräftesicherung über Maßnahmen in den drei Handlungsfeldern „Nachwuchs sichern“, „Potenziale nutzen“ sowie „Kompetenzen erhalten und ausbauen“ gewährleisten.

b. w.

Im Rahmen von Handlungsfeld 1 haben sich die Partner auf eine Reihe von Vorhaben geeinigt, die dem Ziel dienen, dass jeder Mensch einen berufsqualifizierenden Abschluss erwerben kann, der zu ihm passt und der zugleich den Anforderungen des Arbeitsmarktes entspricht. Dazu soll die Berufs- und Studienorientierung weiter optimiert, die Duale Ausbildung gestärkt und die Zahl der Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrecher gesenkt werden. Darüber hinaus ist es Ziel, den Übergang von der Schule in den Beruf zu erleichtern und den jungen Menschen insgesamt mehr Hilfen aus einer Hand anzubieten. Zudem soll die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung weiter verbessert und deren Gleichwertigkeit stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gestellt werden. Dies wird unter anderem mit der Gewährung des Aufstiegsbonus I und II unterstützt.

Das Handlungsfeld 2 zielt auf die Personengruppen, die aufgrund nicht passender Qualifikationen oder ihrer persönlichen Lebenssituation bislang nicht oder nicht ausreichend in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten. Dazu gehört für die Landesregierung auch, den Zuzug ausländischer Fachkräfte durch den Ausbau entsprechender Willkommensstrukturen weiter zu erleichtern. In Handlungsfeld 2 ist darüber hinaus das Ziel angesiedelt, die Attraktivität der rheinland-pfälzischen Unternehmen im Wettbewerb um Fachkräfte zu steigern.

Im Handlungsfeld 3 geht es darum, die Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit der Erwerbstätigen sowohl im Hinblick auf ihre physischen und psychischen Voraussetzungen als auch auf ihre Qualifikationen über das gesamte Erwerbsleben hinweg zu erhalten und auszubauen.

Zu Frage 3:

Die bundesdeutsche Wirtschaft befindet sich seit 2010 in einer ununterbrochenen Wachstumsphase. In einer solchen Situation kann es grundsätzlich aufgrund einer Überauslastung der Produktionskapazitäten zu einer Überhitzung der Wirtschaft kommen.

Allerdings ist von einer solchen Überhitzung aus Sicht der Landesregierung gegenwärtig nicht auszugehen. Zwar können die Arbeitskräfteknappheit, die Entwicklung der Immobilienpreise und die Engpässe in der Bauwirtschaft und im Handwerk durchaus als Indikatoren für eine Überauslastung von Produktionskapazitäten angeführt werden. Allerdings deuten die allgemeine Lohnentwicklung und die Entwicklung der Verbraucherpreise – nach vorläufigen Ergebnissen ist, wie das Statistische Bundesamt Anfang Februar 2018 vermeldet hat, der Reallohnindex in Deutschland 2017 im Vergleich zum Vorjahr um knapp 0,8 Prozent gestiegen, die Verbraucherpreise erhöhten sich im selben Zeitraum um 1,8 Prozent – nicht auf eine akut überhitzte Wirtschaft hin.

In Vertretung:  
Daniela Schmitt  
Staatssekretärin